

## ANSPRECHPARTNER

**Daniel Karrais**

Bildungspolitischer Sprecher

 daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de  
 +49 711 2063-9340
**Thilo Weber**

Parlamentarischer Berater

 thilo.weber@fdp.landtag-bw.de  
 +49 711 2063-9135

# AG DIGITALISIERUNG

Die immense Bedeutung der Digitalisierung ist nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie offensichtlich geworden. Digitalisierungspolitik nimmt einen hohen Stellenwert in unserer Arbeit ein. Die Vielfältigkeit unserer Initiativen macht deutlich, wie viele unterschiedliche Themen in Wirtschaft und Gesellschaft davon erfasst sind.

## Digitale Infrastruktur

Dreh- und Angelpunkt für eine funktionierende Digitalisierung ist die Infrastruktur. Es gibt in Baden-Württemberg, insbesondere im ländlichen Raum, noch großen Handlungsbedarf beim Glasfaserausbau. Die Anbindung bis in die Privatwohnung (FTTB/H) liegt in Baden-Württemberg mit 6,8% deutlich hinter dem Bundesschnitt von 14,8 %. Auch bei der Gigabitverfügbarkeit an Gewerbestandorten wird einer der hinteren Ränge belegt. Wir setzen uns daher auch für alternative nachfrageorientierte Konzepte, wie steuerliche Förderungs- oder Vouchermodelle, ein, um die Nachfrage nach Glasfaser-Hausanschlüssen anzukurbeln. Auch im Mobilfunk müssen die Vielzahl an Funklöchern endlich geschlossen werden.

## Verwaltungsdigitalisierung

Doch Digitalisierung ist kein Selbstzweck und mehr als nur die Infrastruktur. Die Digitalstrategie der Landesregierung ist ihren Namen nicht wert. Wir werden daher nicht müde uns für unsere Vorschläge gegenüber den Regierungsparteien einzusetzen. Behördengänge müssen digital medienbruchfrei von zuhause

aus erledigt werden können. Das Once-Only-Prinzip muss dazu zum Standard werden, sodass Behörden auf bereits erhobene Daten der Bürger auf deren Wunsch zugreifen können, ohne den Datenschutz zu missachten.

## Cybersicherheit

Mit einer zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt und Vernetzung von Maschinen und Infrastruktur in Unternehmen, wächst auch die Gefahr von Cyberangriffen. Deshalb wollen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen darin stärken, ihre Systeme sicherer zu machen und im Angriffsfall schnell und unbürokratisch Hilfe zu erlangen. Auch die Sicherheitsbehörden müssen auf diese Herausforderungen besser vorbereitet werden.

## Kontaktnachverfolgung während der Corona-Pandemie

Die Corona-Maßnahmen umfassen bekanntlich auch eine Kontaktdatenerfassung, eine Nachverfolgung durch die Gesundheitsämter ist jedoch kaum möglich. Das liegt insbesondere daran, dass die Gesundheitsämter nur unzureichend digitalisiert sind und es an geeigneten Schnittstellen für die Übertragung der Kontaktdaten mangelt. Wir werden auch in Zukunft auf deutliche Verbesserungen drängen.

## DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/184](#) - Luca-App und Alternativen zur Kontaktverfolgung
- » [17/220](#) - Förderung des Breitbandausbaus
- » [17/425](#) - Elektronischer Identitätsnachweis
- » [17/483](#) - Cyberangriffe und Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheit
- » [17/652](#) - Einsatz der Spyware „Pegasus“ in Baden-Württemberg
- » [17/659](#) - Einsatz von LoRaWAN (Long Range Wide Area Network)

IM FOKUS

## OPEN-DATA SOLL ZUR PFLICHT WERDEN

Arbeitsgemeinschaft:  
**Digitalisierung**

Ansprechpartner:  
**Daniel Karrais**

*In Baden-Württemberg werden Verwaltungsdaten bislang nicht verpflichtend offen und frei zur Verfügung gestellt. Dabei ist das die Grundlage für Transparenz und Wertschöpfung. Wir wollen das mit unserem Gesetzentwurf jetzt ändern.*

Baden-Württemberg befindet sich bei den Regelungen zur Bereitstellung von Open Data weit hinter dem Bund oder anderen Bundesländern. Viele Länder haben erkannt, dass die Bereitstellung offener Daten eine hohe Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft hat. Bereits 2016 haben sich Bund und Länder auf die Schaffung von Open Data geeinigt. Trotzdem will die Landesregierung auch weiterhin nur Schritt für Schritt ausgewählte Daten öffnen.

Für uns steht fest: Baden-Württemberg muss endlich im Zeitalter der Digitalisierung ankommen und deren Potenziale nutzen! Es ist daher kein Zufall, dass durch unseren ersten Gesetzentwurf, den wir in dieser Legislaturperiode eingebracht haben, die Bedeutung von Daten in einer digitalisierten Welt in den Mittelpunkt gestellt wird. Mit unserem Open-Data-Gesetz wollen wir die Landesbehörden

endlich dazu verpflichten, die bei ihnen vorrätigen Datensammlungen Wirtschaft und Gesellschaft, frei und datenschutzkonform, zur Verfügung zu stellen. Davon erfasst sind etwa Geo- und Wetterdaten, sowie Verkehrs- und Infrastrukturdaten, deren Verfügbarkeit von der Parkplatz-App bis zu einem effektiven Frühwarnsystem im Katastrophenfall, großes Wertschöpfungspotenzial für Innovation und Fortschritt bieten. Nicht zuletzt wird die Transparenz staatlichen Handelns gegenüber den Bürgern deutlich gesteigert und damit auch ihre Teilhabe an politischen Prozessen.

Der weitere Weg unseres Gesetzentwurfs: Wir haben unseren Gesetzentwurf im September im Parlament eingebracht. Er wird Anfang 2022 im Ausschuss beraten und geht danach in die abschließende Abstimmung. Die Regierungsfractionen haben ihre Ablehnung angekündigt, obwohl sie keine greifbaren Argumente in der Sache vorgebracht haben. Sie zögern wohl, weil sie Angst haben, dass bei einer Open Data-Pflicht offensichtlich wird, wie es um die Digitalisierung der Verwaltung steht: Unbefriedigend. Wir werden alles dafür tun, das zu ändern!

### WEITERE INFORMATIONEN

- » Unsere Position: [Hier Klicken](#)
- » [17/513](#) - Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg

**Hier geht's zurück zur Übersicht!**